

Der Koalitionsvertrag unter der Lupe I: Ulrike Bahr, SPD

Augsburger Bundestagsabgeordnete zur Vorstellung bei der KAB:

Einigkeit zumindest in der Ausrichtung der Politik

Hoher Besuch im Marcel-Callo-Haus: Zu einem ersten Kennenlernen mit den Verantwortlichen der KAB-Diözesanverbandsleitung kam die neu gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete für Augsburg in die Weite Gasse.



Zentral auf der Tagesordnung stand der Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Nach einem informativen Erstgespräch wurde vereinbart, sich gegenseitig auf dem Laufenden zu halten, um die Anliegen der KAB in die Bundespolitik zu transportieren.

In diesen Tagen konnten Lothar Roser und Annemarie Leigart, die diözesanen Vorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Augsburg, Ulrike Bahr, MdB begrüßen. Bahr sitzt als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, war aber gekommen, um den Verantwortlichen der KAB Rede und Antwort zum Thema Koalitionsvertrag zu stehen. Für die KAB nahmen neben den ehrenamtlichen Vorsitzenden auch Diözesanpräses Erwin Helmer, Diözesansekretär Peter Ziegler und KAB-Sekretär Alfred Brendle an diesem Gespräch teil. Bahr hatte ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Robert Kratzsch mitgebracht.

Zu Beginn stellte Diözesanpräses Helmer wichtige Impulse aus dem aktuellen Sendschreiben „Evangeli gaudium“ von Papst Franziskus vor, in dem dieser von der lebensfeindlichen Wirtschaft schrieb. Er wollte dies quasi als Überschrift zur kritischen Haltung der KAB zu den aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Arbeitswelt verstanden wissen. In der Folge begrüßte Ziegler, dass im Koalitionsvertrag viele der nach Ansicht der KAB drängenden Fragen zumindest angesprochen wurden. „Auch wenn wir uns einen Mindestlohn in anderer Höhe wünschen würden, ist es von besonderer Bedeutung, dass zumindest der Grundstein dafür gelegt werde.“ führte er aus. Allerdings wies vor allem Lothar Roser darauf hin, dass nicht schon vor dem Setzen dieses Grundsteins über Ausnahmen diskutiert werden dürfe.

Auch beim Thema Rente war viel Übereinstimmung festzustellen – insbesondere hinsichtlich der Frage, dass im Bereich der drohenden Altersarmut dringend etwas geschehen müsse. Anders als die Verbandsvertreter aber zeigte sich Bahr bei der Frage der Sockelrente eher zurückhaltend. Roser verwies auf das Modell der katholischen Verbände, das nachweislich ein wirksames Mittel gegen die Altersarmut sei – bei der von der Großen Koalition geplanten „solidarischen Lebensleistungsrente“ stehe das dagegen sehr in Frage. Am Ende des etwa einstündigen Gesprächs wurde vereinbart, dass der Austausch verstetigt werden solle.